Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5807

16. 10. 96

Antrag

der Abgeordneten Hermann Bachmaier, Norbert Gansel, Robert Antretter, Dr. Eberhard Brecht, Freimut Duve, Petra Ernstberger, Angelika Graf (Rosenheim), Monika Heubaum, Walter Kolbow, Eckardt Kuhlwein, Robert Leidinger, Dr. Elke Leonhard, Dieter Maaß (Herne), Markus Meckel, Volker Neumann (Bramsche), Otto Reschke, Dieter Schloten, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dr. Angelica Schwall-Düren, Dr. Peter Struck, Joachim Tappe, Margitta Terborg, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Josef Vosen, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Verena Wohlleben, Dr. Christoph Zöpel, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Gegen die Erleichterung deutscher Rüstungsexporte

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Ohne den Auswärtigen Ausschuß und den Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages zu informieren, hat der Bundessicherheitsrat am 23. April 1996 beschlossen, Rüstungsexporte deutscher Firmen zu erleichtern. Bei privaten Rüstungskooperationen mit anderen EU- und Nato-Staaten und mit sog. Nato-gleichgestellten Staaten (wie z. B. Singapur und Indonesien) und beim Weiterexportieren in Drittländer können deutsche Firmen nunmehr von vornherein von einer Genehmigung durch die Bundesregierung ausgehen, die nur durch ein gemeinsames Veto des Bundesminister der Verteidigung, für Wirtschaft und des Auswärtigen versagt werden könnte.

Darüber hinaus gilt die Genehmigungsvermutung für fast alle übrigen Länder der Welt, sofern der Anteil deutscher Zulieferungen zehn Prozent des Stückpreises einer Waffe nicht übersteigt.

Der Beschluß der Bundesregierung über derartige Genehmigungsvermutungen gilt ausdrücklich auch während der „Nutzungsphase" einer Waffe, d. h. im Krieg und Bürgerkrieg.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag lehnt Erleichterungen beim deutschen Rüstungsexport in Staaten außerhalb der Nato und EU und ohne Endverbleibsklausel ab.

Der Deutsche Bundestag kritisiert, daß die Bundesregierung nur den Ausschuß für Wirtschaft und nicht die anderen Ausschüsse des Parlaments, die mit außen- und sicherheitspolitischen Fragen befaßt sind, über die beschlossene Erleichterung im Rüstungsexport informiert hat.

Der Deutsche Bundestag warnt eindringlich davor, Rüstungsexporte zunehmend unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu sehen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

Ihren Beschluß zur Erleichterung der Rüstungsexporte wieder rückgängig zu machen und dies mit einem entsprechenden Votum des Bundessicherheitsrates festzuhalten.

Bonn, den 11. Oktober 1996

Hermann Bachmaier
Norbert Gansel
Robert Antretter
Dr. Eberhard Brecht
Freimut Duve
Petra Ernstberger
Angelika Graf (Rosenheim)
Monika Heubaum
Walter Kolbow
Eckardt Kuhlwein
Robert Leidinger
Dr. Elke Leonhard
Dieter Maaß (Herne)
Markus Meckel
Volker Neumann (Bramsche)
Otto Reschke
Dieter Schloten
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Peter Struck
Joachim Tappe
Margitta Terborg
Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Josef Vosen
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Verena Wohlleben
Dr. Christoph Zöpel
Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333